

## Info-Brief

Februar 2015

### Deutschland braucht eine Ausbildungsgarantie

#### Fachleute fordern eine dritte Säule zum dualen System

**Berlin | Am 17. Dezember 2014 organisierte der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit eine Fachtagung zum Thema Ausbildungsgarantie in Deutschland im Kontext der europäischen Jugendgarantie. Der Kooperationsverbund, ein Zusammenschluss von sieben bundesweiten Organisationen der Jugendsozialarbeit, hatte Fachleute aus Politik und Bildungsträgerlandschaft eingeladen, ausgerichtet wurde die Tagung vom Internationalen Bund (IB).**



System und hohem Praxisanteil überführt wird. Es sei eine ergänzende Säule zum dualen System zu schaffen. Davon profitierten alle: die jungen Menschen, die Betriebe, der Staat und die Gesellschaft, so Brigitte Pothmer, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion.

Ähnlich äußerte sich auch Politikwissenschaftler Prof. Marius Busemeyer von der Universität Konstanz im Deutschlandradio. Busemeyer ist nur mäßig

Es wurde eine Expertise der Universität Duisburg-Essen vorgestellt, die die rechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten untersucht, wie eine Ausbildungsgarantie in Deutschland umgesetzt werden kann. Hintergrund ist, dass seit Jahren fast jeder dritte junge Mensch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgeht. Wer aber keine Stelle findet, landet meist im sogenannten „Übergangssystem“.

2014 waren es wieder knapp 300 000 Jugendliche, die sich im Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf befanden, in dem sie keine Berufsabschlüsse vermittelt bekommen.

In der Folge gibt es mittlerweile rund 1,4 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, von denen der weitaus größte Teil in der Lage wäre, eine Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren. Das ist ein Armutszeugnis für das deutsche Berufsbildungssystem.

In dieser Situation hatte sich die Große Koalition entschlossen, mit der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ (die den „Ausbildungspakt“ ablöst) auf freiwillige Lösungsangebote mit zusätzlichen Lehrstellen und Praktikumsstellen zu setzen, die die Unternehmen anbieten wollen.

Dass solche freiwilligen Angebote wenig helfen, weil sie kaum umgesetzt werden, wurde auch von den Vertreterinnen der Grünen und der Linken deutlich kritisiert. Sie fordern eine neue Gestaltung des Übergangssystems, in dem der Dschungel der Förderprogramme gelichtet und in eine überbetriebliche Ausbildung mit

begeistert von dem neuen Ausbildungspakt, den Bundesregierung, Bundesländer, Wirtschaft und erstmals auch die Gewerkschaften miteinander geschlossen haben. Die Wirtschaft soll demnach für dieses Jahr 20 000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber den im Jahr 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen.

Immerhin: Es sei ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings seien die angebotenen 20 000 zusätzlichen Ausbildungsplätze lediglich „ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Busemeyer, es reiche aber noch nicht aus, um die strukturellen Probleme im Berufsbildungssystem wirklich langfristig und nachhaltig zu lösen.

Am Beispiel Österreich, das seit zehn Jahren eine Ausbildungsgarantie hat, konnte auf der Tagung in Berlin deutlich gemacht werden, dass eine gesetzliche Regelung viele Probleme lösen könnte, die in Deutschland für Jugendliche zwischen Schule und Beruf bestehen.

*Walter Würfel*

#### Inhalt

- Deutschland braucht eine Ausbildungsgarantie
- Editorial
- „Ich wollte mehr aus mir machen“
- PAT wird verlängert
- Fünf-Punkte-Programm contra Fünf-Punkte-Programm
- Navigator ist online
- Lernen nach Feierabend liegt im Trend
- Kleingruppen nun abrechnungsfähig



## EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen des Vorstandes möchte ich Ihnen noch alles Gute für das Jahr 2015 und viel Erfolg bei Ihren wichtigen Aufgaben wünschen!

Bedeutende Ereignisse stehen bevor. Dazu zählt die Verlängerung des so genannten allgemeinverbindlichen Mindestlohns in der Aus- und Weiterbildung über den 31. Dezember 2015 hinaus. Lange haben wir für diesen Mindeststandard gekämpft, damit Lohndumping keine Chance mehr hat. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften nach einer Lösung suchen, die auch die Existenz unserer kleinen Mitgliedsunternehmen nicht gefährdet.

Parallel wollen wir die Verhandlungen über einen Branchentarifvertrag wieder aufnehmen. Die Gespräche darüber werden sicher nicht einfach. Wir erwarten von unseren Tarifpartnern Verständnis für die teilweisen prekären Rahmenbedingungen in unserer Branche und mehr Unterstützung bei der Diskussion mit den politischen Entscheidungsträgern.

Wir sind die Profis! Umso unverständlicher ist es, wenn wir als Partner im Berufsbildungssystem ausgehebelt werden, indem Jobcenter uns Konkurrenz machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sich wieder mehr auf ihre eigentlichen Aufgaben beschränken und uns unsere Arbeit machen lassen.

Regelmäßig zu Jahresbeginn ziehen wir im BBB-Vorstand Bilanz und definieren unsere Ziele im aktuellen Jahr. Besonders intensiv werden wir uns dieses Mal mit den Ergebnissen der Mitgliederbefragung beschäftigen. Über die Ergebnisse unserer Beratungen werden wir in der nächsten Ausgabe dieses BBB-Infos berichten.

Zum Schluss wünsche ich der neuen BBB-Geschäftsführung, Walter Würfel und Lutz Kaube und Franz Siegert, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit des BBB, viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben und in ihren neuen Räumlichkeiten! Auf gute Zusammenarbeit!

Herzlichst  
Ihr  
Thiemo Fojkar

## „Ich wollte mehr aus mir machen“

### Daniela Birkett fand ihren Traumberuf

**Duisburg/Berlin | „Freie Träger sind unverzichtbare Partner im Berufsbildungssystem“, sagte der BBB-Vorsitzende Thiemo Fojkar in Berlin. Er warnt davor, dass immer mehr Jobcenter selbst die Arbeit der Träger übernehmen. Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen haben ein Recht auf qualifizierte Bildung, so wie Daniela Birkett, die eine Umschulung im Institut für Berufliche Bildung (IBB) bekam.**

„Es ist ein tolles Gefühl, Menschen zu einer neuen Perspektive verhelfen zu können“, sagt die 30-Jährige. Seit August ist Daniela Birkett bei einer Krefelder Vermittlungsagentur angestellt. Sie sichtet Bewerbungsunterlagen, pflegt Kontakte zu Unternehmen, die Personal suchen und führt Gespräche mit Arbeitssuchenden.

„Wir nehmen uns die Zeit, auf die Leute einzugehen und ihre Talente herauszufinden.“

Dass sie einmal in so einem spannenden Umfeld tätig sein würde, hätte sich Birkett vor drei Jahren noch nicht träumen lassen. Damals arbeitete sie noch als Friseurin. Als sie wegen gesundheitlicher Probleme den Friseurberuf aufgeben musste, meldete sich die zweifache Mutter beim IBB in

Duisburg für eine Umschulung zur Bürokauffrau an, eine Zweitausbildung, die statt der üblichen drei Jahre nur 24 Monate dauert.

„In den ersten Wochen frischten wir erst einmal das alte Schulwissen auf. Schließlich lag der Abschluss bei uns allen schon einige Jahre zurück“, sagt Daniela Birkett. Anschließend begann der Fachunterricht – von Rechnungswesen über Datenverarbeitung bis hin zu Projektmanagement. Zur Umschulung gehörte außerdem ein mehrmonatiges Praktikum, in dem sie

ihr neues Wissen direkt anwenden konnte.

Schon vor ihrer Abschlussprüfung fing sie an, sich bei unterschiedlichen Unternehmen zu bewerben. „Ich suchte im Internet nach Ausschreibungen und bekam beim IBB individuelle Unterstützung bei der Bewerbung.“ In mehreren Coaching-Sitzungen überarbeitete sie

gemeinsam mit einem IBB-Jobcoach ihren Lebenslauf und formulierte mit seiner Hilfe ein Bewerbungsschreiben, das ihre persönliche Motivation zum Ausdruck brachte.

Ihr Einsatz hat sich gelohnt: Direkt nach ihrem Abschluss bekam Daniela Birkett die Stelle bei einer Krefelder Arbeits- und Ausbildungsvermittlung. *Das IBB ist Mitglied im Bildungsverband.*



## PAT wird verlängert

Stuttgart | Baden-Württemberg testet seit 2012 die Finanzierung eines Sozialen Arbeitsmarktes über den Passiv-Aktiv-Tausch. Nun wurde die Laufzeit bis 2016 verlängert. Zusätzliche 2,7 Millionen Euro aus dem Landshaushalt werden hierfür bereitgestellt. Baden-Württemberg ist bundesweit das erste Bundesland, das die von Wohlfahrtsverbänden bereits

seit langem geforderte Finanzierung eines Sozialen Arbeitsmarktes über den Passiv-Aktiv-Tausch (PAT) erprobt. Beim PAT werden Leistungen, die Langzeitarbeitslose sonst „passiv“ für ihren Lebensunterhalt bekommen (Hartz IV, Kosten für Unterkunft und Heizung), umgewandelt in Zuschüsse für Arbeitgeber, die Langzeitar-

*Fortsetzung: Seite 3*

## Fünf-Punkte-Programm contra Fünf-Punkte-Programm

Das Nahles-Papier zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit wird kontrovers diskutiert

**Nürnberg/Berlin | Das Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit war kaum vorgestellt, da gab es auch schon seitens der Gewerkschaften und der Oppositionsparteien Kritik an dem Programm von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Die Linke stellte im Bundestag ihr eigenes Fünf-Punkte-Programm vor.**

Im Kern sieht das Nahles-Papier für Langzeitarbeitslose fünf Punkte vor: eine bessere Betreuung in zusätzlichen Aktivierungszentren, mehr Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, neue Programme zur Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit durch eine zusätzliche Gesundheitsvorsorge sowie eine Weiterentwicklung vorhandener Förderinstrumente gemeinsam mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden.

Die Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Linken, Sabine Zimmermann, kritisierte das Papier: Es greife viel zu kurz und enthalte auch nichts Neues. Die Bundesarbeitsministerin wolle zwei kleine Schmalspurprogramme auflegen, die höchstens 43 000 Langzeiterwerbslose erreichten. Offen bliebe nach wie vor, was mit den übrigen eine Million Menschen passiere, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.

Zur Bekämpfung und Vermeidung von Langzeiterwerbslosigkeit müsse „Geld in die Hand genommen werden, um den Menschen wieder eine Perspektive am Ar-



Warten vor dem Jobcenter.

beitsmarkt zu geben“, sagte Zimmermann und stellte das Programm der Linken mit fünf Punkten vor, darunter: ein Investitions- und Zukunftsprogramm für mehr öffentliche und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, wobei auch der Aktiv-Passiv-Transfer genutzt werden sollte, ein Rechtsanspruch auf Qualifizierung, die Abschaffung der Sanktionen, eine stärkere Beteiligung der Arbeitgeber an der Arbeitslosenversicherung und schließlich ein ganzes Paket an Maßnahmen zum Schutz älterer Erwerbsloser ab 55 Jahre.

Ähnlich argumentierte die Sprecherin der Grünen, Brigitte Pothmer. Das Nahles-Programm ersetze eins zu eins das Bürgerarbeitsprogramm ihrer Vorgängerin, das 33 000 Plätze hatte. Interessanterweise habe auch das ESF-Programm von Frau Nahles 33 000 Plätze. Leider bliebe für die Langzeitarbeitslosen kein einziges zusätzliches Angebot übrig.

Auch Gewerkschaftsvertreter wie Verdi-

Chef Frank Bsirske halten es für nötig, „bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen mehr zu tun und die Sanktionen zu überprüfen“, wobei grundsätzlich das Vorhaben, in diesem Jahr das Gesetz zu reformieren, begrüßt wurde.

Der IG-BAU-Vorsitzende Robert Feiger forderte noch stärkere Korrekturen. Bürokratische Abläufe sollen vereinfacht werden. Sanktionen gegen Unter-25-Jährige sollen nicht mehr schärfer ausfallen als bei Älteren. „Das jüngst vorgelegte Programm für Langzeitarbeitslose reicht nicht aus, um dieses Problem zu lösen“, sagte Feiger der dpa. „Die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt trotz guter Wirtschaftslage unverändert hoch.“ Dass Nahles die Zahlen jetzt genauer ansehe, sei ein positiver Schritt.

Der Namensgeber der Hartz-Reformen, Peter Hartz, zog in der „Saarbrücker Zeitung“ zwar insgesamt eine positive Bilanz, sagte aber auch: „Es muss mehr für Langzeitarbeitslose getan werden, die ein Jahr und länger keine Beschäftigung finden.“ fs

### Fortsetzung: PAT wird verlängert

beitslose sozialversicherungspflichtig zu Mindestlohnkonditionen beschäftigen. Dahinter steht die Idee, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Parallel werden die Teilnehmer sozialpädagogisch betreut. Sie arbeiten hauptsächlich in der Privatwirtschaft, aber auch bei öffentlichen, arbeitsmarktpolitischen Trägern. Das Landesprogramm ist „überaus erfolgreich“, so das Ergebnis eines Zwi-

schenberichts der evaluierenden Institute Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG) und Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der positive Bewertungen sowohl von Seiten der Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer aufführt. Für die baden-württembergische Arbeitsministerin Katrin Altpeter ist PAT inzwischen zu einem Markenzeichen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in ihrem

Bundesland geworden, das auch in Berlin aufmerksam verfolgt werde. Sie hofft, dass dieses Beispiel Schule macht und vom Bund übernommen wird. Von der guten wirtschaftlichen Situation sollen auch jene Menschen profitieren, die schon lange arbeitslos sind. Auch sie sollen die Chance haben, zu fairen Bedingungen am Erwerbsleben teilzuhaben“, heißt es in der Pressemitteilung. o-ton

## Navigator ist online

Nürnberg | Die Bundesagentur für Arbeit (BA) geht mit einem neuen Angebot online. Ab sofort steht der neue Berufsentwicklungsnavigator (BEN) online unter [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de) bereit. Er richtet sich in der ersten Version vorrangig an Erwachsene mit Interesse an Weiterbildung, beruflichem Wechsel, Aufstieg oder Wiedereinstieg. „Der technologische Wandel und die Internationalisierung der Wirtschaft erfordern neue Qualifikationen und ein ständiges Weiterlernen“, konstatiert Vorstand Raimund Becker. „Der

Fachkräftebedarf in vielen Branchen und Regionen in Deutschland macht es unerlässlich, die Menschen bei Fragen rund um die Fort- und Weiterbildung noch besser zu unterstützen“. BEN fasst die große Informationsvielfalt (BERUFENET, KURSNET, JOBBÖRSE) der BA z.B. zu Berufen, Verdienstmöglichkeiten, Aufstiegschancen, Weiterbildungsmöglichkeiten, Studienfächern, Arbeitsmarktchancen und freien Stellenangeboten in einem Onlineangebot zusammen. *fs*



## Lernen nach Feierabend liegt im Trend

Die Unternehmen geben pro Mitarbeiter 1130 Euro für Weiterbildung aus. Die Beschäftigten opfern viel Freizeit.



Köln | So viele Unternehmen wie noch nie haben einer Studie zufolge 2013 die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter gefördert, schrieb die Süddeutsche Zeitung. 86 Prozent der Unternehmen ermöglichten ihren Angestellten eine betriebliche Weiterbildung. Das ist eine Steigerung von drei Prozentpunkten gegenüber 2010, wie aus einer Weiterbildungserhebung des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hervorgeht. Die Firmen investierten mit 33,5 Milliarden Euro zudem 16 Prozent mehr als bei der vorangegangenen Untersuchung im Jahr 2010. Sie gaben pro Mitarbeiter im Schnitt 1132 Euro aus.

In die betriebliche Weiterbildung wurde zugleich mehr Zeit investiert: Jeder Mitarbeiter nahm im vergangenen Jahr laut Erhebung durchschnittlich knapp 33 Stunden lang an Lehr- und Informationsveranstaltungen teil. Das seien elf Prozent mehr als 2010. Etwa ein Drittel der Weiterbildung

entfalle dabei auf die Freizeit der Beschäftigten. Dies sei ein Indiz dafür, dass auch die Arbeitnehmer selbst bereit seien, in ihre Weiterbildung zu investieren, erklärte das Institut. Die Beteiligung sei aber umso geringer, je niedriger die Qualifikation des Angestellten sei. An- und Ungelernte bildeten sich oft gar nicht weiter.

Von der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter erhoffen sich die Unternehmen vor allem einen größeren Geschäftserfolg und die Sicherung ihrer Innovationsfähigkeit. Sie wollen demnach auch die Kompetenzen ihrer Belegschaft fördern, ihre Mitarbeiter motivieren und an die Firma binden. Jedes dritte Unternehmen gab in der Befragung zudem an, seine Mitarbeiter weiter zu qualifizieren, weil auf der Arbeitsmarkt keine geeigneten Fachkräfte zu finden seien. Für die Weiterbildungserhebung befragte das IW zwischen April und Juni 2014 mehr als 1800 Unternehmen mit insgesamt etwa 1,54 Millionen beschäftigten Menschen.

## Kleingruppen nun abrechnungsfähig

Nürnberg | In einem Rundbrief informierte die Bundesagentur für Arbeit (BA) über veränderte Abrechnungsbedingungen bei Umschulungen. Künftig werden bei ausreichender Begründung auch kleinere Gruppen akzeptiert, selbst wenn dabei die Bundes-Durchschnittskostensätze erheblich überschritten werden.

Für die Neuregelung waren sicherlich Gespräche auf Vorstandsebene zwischen dem Bildungsverband (BBB) und der BA hilfreich, wo deutlich wurde, dass Bildungsträger insbesondere in ländlichen Regionen zunehmend Schwierigkeiten haben, bei Gruppenumschulungen eine wirtschaftliche Gruppengröße zu erreichen. Die Neuregelung tritt für alle Neu- und Änderungszulassungen ab dem 1. Januar in Kraft.

## Bundeskongress für Politische Bildung vom 19. bis 21. März

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) und die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) veranstalten den Bundeskongress für Politische Bildung 2015 in Duisburg.

Das Schwerpunktthema des Kongresses lautet: „Ungleichheiten in der Demokratie“. Der Kongress will aktuelle Befunde über asymmetrische Entwicklungen zur Diskussion stellen. Es werden Themen wie Big Data oder Neuro-Enhancement, aber auch „klassische“ Fragestellungen wie Diskriminierung und soziale Ungleichheit thematisiert.

### BBB Info-Brief, Februar 2015

#### Herausgeber:

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.  
Vorsitzender: Thiemo Fojkar  
Hannoversche Straße 19a · 10115 Berlin  
[www.bildungsverband.info](http://www.bildungsverband.info)

#### Redaktion:

Franz Siegert, Walter Würfel  
Telefon 030 214096-16  
[franz.siegert@internationaler-bund.de](mailto:franz.siegert@internationaler-bund.de)  
[www.bildungsverband.info](http://www.bildungsverband.info)

#### Fotos:

Jordan, Rumpfenhorst, Scherhauser, Siegert, Spekking

#### Druck:

GOB-Service, Hamburg

**Nächster Redaktionsschluss: 27. März**